Öffentlicher Betrauungsakt der

Stadt Sangerhausen
Markt 7a
06526 Sangerhausen

für die

Kommunale Bädergesellschaft Sangerhausen mbH
Alban-Hess-Straße 29
06526 Sangerhausen

auf Basis des

Beschlusses 2012/21/EU der Kommission
vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags
über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von
Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung
von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind
(ABl. EU L 7/3 vom 11. Januar 2012; nachfolgend: Freistellungsbeschluss)

sowie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der

Mitteilung 2012/C 8/02 der Kommission
über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichs-
leistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem
Interesse (ABl. EU C 8/4 vom 11. Januar 2012; nachfolgend: DAWI-Mitteilung),

und der

Richtlinie 2006/111/EG der Kommission
vom 16. November 2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwi-
schen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzia-
elle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen
(ABl. EU L 318/77 vom 17. November 2006; nachfolgend: Transparenz-RL)

Präambel

Die Stadt Sangerhausen ist Alleingesellschafterin der Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen mbH (KBS). Diese wiederum ist Mehrheitsgesellschafterin der Stadtwerke Sangerhausen GmbH (SWS). Unternehmensgegenstand der KBS ist nach § 2 Abs. 1 ihres aktuellen Gesellschaftsvertrags vom 01.08.2023 insbesondere die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder. Die KBS ist gegenwärtig Betreiberin und Eigentümerin des Hallenbades „SaWanne“ sowie des 1930 errichteten Freibades „Stadtbad Sangerhausen“.

Zusätzlich soll die KBS den Betrieb des Freibades Wolfsberg übernehmen, da die Stadt Sangerhausen diese Aufgabe im Rahmen der Eingemeindung der Gemeinde Wolfsberg übernommen hat.

Die Stadt Sangerhausen ordnet die Aufgabe der Unterhaltung und des Betriebes des Freibades „Stadtbad Sangerhausen“ und des Hallenbades „SaWanne“ sowie des Betriebs des Freibades Wolfsberg als eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Daseinsvorsorge im Sinne der §§ 4, 5 Abs. 1 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA)¹ ein. Bei der Erfüllung dieser Gemeinwohlaufgabe handelt es sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) i. S. d. Art. 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)² und Art. 2 Abs. 1 lit. a Freistellungsbeschluss.

Durch die Bereitstellung und den Betrieb der o.g. Bäder auf dem Gebiet der Stadt Sangerhausen erbringt die KBS eine Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI), indem sie für ein ausreichendes Angebot für die Bevölkerung, z.B. für Schul- und Vereinsschwimmen oder Schwimmkurse zur Gesundheitsförderung sorgt.

Die KBS nimmt die mit der Erbringung der DAWI einhergehenden Aufgaben im eigenen Interesse zur Erfüllung ihres eigenen gesellschaftsvertraglichen Zwecks wahr. Sie hat hieraus keinen Rechtsanspruch auf eine Ausgleichszahlung seitens der Stadt. Werden aber freiwillige Kapitalzuführungen oder sonstige Zuschüsse durch die Stadt an die KBS geleistet, so stellen diese aufgrund dieser Betrauung keine notifizierungspflichtigen staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 107 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen (AEUV) dar. Gleiches gilt für den mittelbaren Verlustausgleich im Wege des Ergebnisabführungsvertrages zwischen der KBS und SWS. Auf diese Weise wird die KBS in die Lage versetzt, entsprechend ihres originären Gesellschaftszwecks unternehmerisch tätig zu werden. Etwaig gewährte Mittel sollen damit ausschließlich und mittelbar der Förderung des Unternehmenszwecks im Sinne des Gesellschaftsvertrages dienen und sind grundsätzlich bestätigt und bekräftigt.

Dieser Betrauungsakt bildet die EU-beihilfenrechtliche Grundlage für die Legitimation sämtlicher finanzieller Vorteile der Stadt Sangerhausen zugunsten der KBS.

¹ Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Kommunalverfassungsgesetz – KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. April 2023 (GVBl. LSA S. 209).

² Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008, ABl. EU C 115 S. 47, zuletzt geändert durch Artikel 2 Änderungsbeschluss 2012/419/EU vom 11. Juli 2012 (ABl. EU L 204 S. 131).

§ 1 Gemeinwohlaufgabe^{1/}
Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
 (Art. 2 und Art. 4 Freistellungsbeschluss)

- 1.1.** Die Stadt Sangerhausen ordnet die Aufgabe der Sanierung und des Betriebes des Freibades „Stadtbad Sangerhausen“ sowie den Betrieb und die Unterhaltung des Hallenbades „SaWanne“ Sangerhausen und den Betrieb des Freibades Wolfsberg als eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Daseinsvorsorge im Sinne der §§ 4, 5 Abs. 1 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein.
- 1.2.** Bei der Erfüllung dieser Gemeinwohlaufgabe handelt es sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) i. S. d. Art. 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und Art. 2 Abs. 1 lit. a Freistellungsbeschluss. Das Stadtbad Sangerhausen und das Hallenbad „SaWanne“ sind feste Bestandteile des Freizeit- und Erholungsangebotes der Stadt Sangerhausen. Der Erhalt des Stadtbades Sangerhausen als einer seit dem Jahr 1930 bestehenden Freizeiteinrichtung ist mithin im öffentlichen Interesse. Das Freibad Wolfsberg wird als wichtige Freizeit- und Erholungseinrichtung der eingliederten Gemeinde Wolfsberg eingestuft, die den Bewohnern weiterhin zur Verfügung stehen soll. Die Stadt Sangerhausen stellt insoweit fest, dass ausschließlich im gewerblichen Interesse handelnde Marktkräfte die Aufgabe des Betriebes des Freibades „Stadtbad Sangerhausen“ des Betriebes des Freibades Wolfsberg sowie des Betriebes des Hallenbades „SaWanne“ nicht, nicht im gleichen Umfang oder nicht zu den gleichen Bedingungen, wie die Stadt Sangerhausen dies im Hinblick auf die Qualität, Kontinuität sowie Preisgestaltung vorhat, übernehmen würden.

§ 2 Betrautes Unternehmen und Gegenstand der Betrauung
 (Art. 4 Freistellungsbeschluss)

- 2.1.** Durch die Bereitstellung und den Betrieb der öffentlichen Bäder erfüllt die KBS gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen in den Bereichen Sport- und Gesundheitsförderung.
- 2.2.** Die Stadt Sangerhausen betraut die KBS, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stendal unter der Registernummer HRB 215095, mit nachstehenden Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:
- Betrieb und Unterhaltung des Hallenbades „SaWanne“ Sangerhausen einschließlich der Sauna;
 - Betrieb des Freibades Wolfsberg;
 - Sanierung, Unterhaltung und Betrieb des Freibads „Stadtbad Sangerhausen“.

Die Bäder sollen für sämtliche Bevölkerungsgruppen zu sozialverträglichen Tarifen allgemein zugänglich sein.

Zudem wird die KBS mit der Erbringung von nachfolgenden Nebendienstleistungen betraut:

- Bereitstellung von räumlichen Kapazitäten für Schul- und Vereinsschwimmen
- Kursangebote zur Gesundheitsförderung, Bewegung und sportlicher Aktivität

¹ Die Begriffe „Gemeinwohlaufgabe“, „gemeinwirtschaftliche Verpflichtung“, „Gemeinwohlverpflichtung“ und „Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ werden hier synonym verwendet.

Die konkrete Umsetzung dieser Gemeinwohlverpflichtung, insbesondere der Öffnungszeiten, Sonderaktionen sowie Belegungsplänen obliegt der Geschäftsführung. Im Übrigen kann der Umfang der vorstehend beschriebenen Dienstleistungen durch entsprechenden Beschluss der Stadt Sangerhausen geändert oder ergänzt werden. In diesem Fall ist der Betrauungsakt entsprechend anzupassen.

- 2.3. Die KBS ist darüber hinaus zur Wahrnehmung aller Tätigkeiten einschließlich der Einbeziehung der Leistungen Dritter berechtigt, die den unter § 2.1 und § 2.2 genannten Dienstleistungen dienen, diese ermöglichen oder mit denen diese Dienstleistungen gefördert werden.
- 2.4. Die KBS erbringt über die vorstehend genannten Tätigkeiten hinaus weitere Tätigkeiten (Dienstleistungen gem. Anlage 1). Der vorliegende Betrauungsakt ist ausschließlich Grundlage für die Gewährung von Ausgleichsleistungen zugunsten der unter § 2.1 bis § 2.3 genannten Tätigkeiten. Andere Tätigkeiten der KBS dürfen nicht mit diesen Ausgleichsleistungen finanziert werden. Daher ist die KBS verpflichtet, in ihrer Kostenrechnung eine buchhalterische Trennung der Kosten und Erlöse aus ihren Tätigkeiten nach § 2.1 bis § 2.3 und ihren übrigen Tätigkeiten vorzunehmen (siehe hierzu unter § 6).

§ 3 Dauer der Betrauung

(Art. 2 Abs. 2 Freistellungsbeschluss)

- 3.1. Die Betrauung der KBS mit DAWI erfolgt mit Wirkung zum 01.01.2024 bis zum 31.12.2033 (nachfolgend: Betrauungszeitraum). Sie wird wirksam zu dem Zeitpunkt, in dem der Weisungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der KBS gegenüber der Geschäftsführung ergeht.
- 3.2. Sofern die Stadt Sangerhausen beabsichtigt, die KBS auch über diesen Betrauungszeitraum hinaus zu finanzieren, wird sie ab 01.01.2034 für eine weiterhin passende EU-beihilfenrechtliche Legitimation sorgen.

§ 4 Beschreibung, Berechnung und Änderung der Ausgleichsleistungen

(Art. 4 und Art. 5 Freistellungsbeschluss)

- 4.1. Die Ausgleichsleistung zur Finanzierung der durch die Erbringung von DAWI nach § 2.1 bis § 2.3 entstehenden Kosten wird insbesondere in den folgenden Formen durch die Stadt Sangerhausen, die Stadtwerke Sangerhausen GmbH oder sonstige staatliche Stellen gewährt:
 - Investitionskostenfinanzierung in Form des Ausgleichs der Sanierungskosten für das Freibad „Stadtbad Sangerhausen“ in Höhe der Differenzsumme der tatsächlichen Sanierungskosten zu den gewährten Fördermitteln des Bundes;
 - Betriebskostenfinanzierung in Form des Verlustausgleichs für den Fall, dass die höheren Verluste des Freibades „Stadtbad Sangerhausen“ nach Sanierung gegenüber dem Status quo des letzten Jahres vor der Sanierung durch anderweitige Geschäftsvorfälle der KBS nicht ausgeglichen werden können sowie des Betriebes und der Unterhaltung des Hallenbades „SaWanne“ (laufende Betriebskostenzuschüsse) Sangerhausen
 - Betriebskostenfinanzierung des Betriebes und der Unterhaltung des Freibades Wolfsberg in voller Höhe (laufende Betriebskostenzuschüsse)

Die Ausgleichsleistungen können innerhalb des Betrauungszeitraums, z.B. in Form von Gesellschaftereinlagen, Zuschüssen oder durch sonstige Mittelgewährungen der Stadt Sangerhausen erfolgen.

- 4.2** Die Stadt Sangerhausen kann an die KBS den Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, dessen Höhe sich aus dem nach den gesetzlichen Regelungen jährlich im Voraus erstellten Jahreswirtschaftsplan der KBS ergibt und in einem Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen veranschlagt ist, leisten.

Auf dieser Grundlage entscheidet die Stadt Sangerhausen im Rahmen ihres Haushaltes über die Höhe der Ausgleichszahlungen und erlässt darüber einen entsprechenden Zuwendungsbescheid. Die Auszahlung der Begünstigungen durch die Stadt Sangerhausen erfolgt nach Anforderung der KBS auf Basis der vorstehenden Anforderungen mittels Vorlage eines Liquiditätsplanes. Die Abrechnung erfolgt mit der Trennungsrechnung.

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen nach § 2.4, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, sind nicht Bestandteil der zulässigen Ausgleichsleistungen nach diesem Betrauungsakt.

- 4.3.** Die nach Maßgabe des Art. 2 Abs. 1 lit. a) Freistellungsbeschluss bestehende Höchstgrenze von 15 Mio. € pro Jahr darf bei einer Gesamtbetrachtung aller finanziellen Leistungen der Stadt Sangerhausen und ggf. anderer staatlicher Stellen nicht überschritten werden.
- 4.4** Die Ausgleichsleistungen nach diesem Betrauungsakt sind keine Gegenleistungen im Rahmen eines Vertragsverhältnisses. Die Ausgleichsleistungen werden ausschließlich zur ergänzenden Förderung der Tätigkeit der KBS im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gewährt. Aus diesem Betrauungsakt folgt kein Rechtsanspruch der KBS auf eine Ausgleichsleistung des Gesellschafters.

§ 5 Vermeidung von Überkompensationen

(Art. 4 lit. e) und Art. 6 Freistellungsbeschluss)

- 5.1.** Die Höhe der Ausgleichsleistungen darf unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen nach § 2.1 bis § 2.3 verursachten Nettokosten abzudecken (Verbot der Überkompensation). Die Nettokosten sind gemäß Art. 5 Abs. 2 Freistellungsbeschluss die Differenz zwischen den Erlösen und den Aufwendungen aus der Aufgabenerfüllung. Auf die ausgleichsfähigen Aufwendungen sind alle Einnahmen anzurechnen, die im Zusammenhang mit der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistung erzielt werden.
- 5.2.** Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des Betrauungszeitraums erfüllt werden und durch die Ausgleichsleistungen nach § 4 keine Überkompensation der KBS für die Erbringung von DAWI gemäß § 2.1 bis § 2.3 entsteht, legt die KBS bis zum 30.06. eines jeden Geschäftsjahres für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr auf Grundlage der Gewinn- und Verlustkostenrechnung einen Verwendungsnachweis (Sachbericht und zahlenmäßiger Nachweis) sowie eine Berechnung der jeweils durch die Erfüllung der DAWI

verursachten Nettokosten vor. Das Recht auf Einsichtnahme in die Unterlagen wird davon nicht berührt. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Sangerhausen ist berechtigt, die ordnungsgemäße und zweckentsprechende Verwendung des Zuschusses durch die KBS nachzuprüfen.

- 5.3. Kommt es in einem Geschäftsjahr zu einer Überschreitung des EU-beihilfenrechtlich zulässigen Ausgleichsbetrages nach § 5.1 von maximal 10% des jährlichen Ausgleichs, darf dieser auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist dort von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.
- 5.4. Beträgt die in einem Geschäftsjahr festgestellte Überschreitung des EU-beihilfenrechtlich zulässigen Ausgleichsbetrages nach § 5.1 mehr als 10% des jährlichen Ausgleichs, hat die KBS die Überkompensation unverzüglich nach ihrer Feststellung einschließlich einer Verzinsung nach §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 6 VwVfG LSA i. V. m. § 49a Abs. 3 Satz 1 VwVfG¹ an die Stadt Sangerhausen zurückzugewähren.

§ 6 Trennungsrechnung (Art. 5 Abs. 9 Freistellungsbeschluss)

- 6.1. Soweit die KBS weitere Tätigkeiten erbringt, die keine DAWI sind, hat sie die Kosten und Erlöse der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung (§ 2.1 bis § 2.3) und der weiteren, nicht von diesem Betrauungsakt umfassten Tätigkeiten (§ 2.4) in ihrer Buchführung getrennt zu erfassen. Die KBS erstellt hierfür eine Trennungsrechnung aus dem Erfolgsplan für das Planjahr und der testierten Gewinn- und Verlustrechnung für das abgeschlossene Geschäftsjahr.
- 6.2. In der Trennungsrechnung ist auch anzugeben, nach welchen Parametern die Kosten und Einnahmen den einzelnen Tätigkeitsbereichen zugeordnet werden. Über die Rechnungslegungsgrundsätze, insbesondere die Maßstäbe der Schlüsselung für einzelne Kosten und Einnahmen, die auf zwei oder mehr Tätigkeiten entfallen, sind Aufzeichnungen zu führen.
- 6.3. Die KBS hat die vom Wirtschaftsprüfer geprüfte und bestätigte Trennungsrechnung jeweils bis zum 30.06. eines jeden Geschäftsjahres gemeinsam mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Auf Verlangen der Stadt Sangerhausen hat die KBS die Trennungsrechnung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf eigene Kosten prüfen zu lassen.

§ 7 Vorhalten von Unterlagen, Berichtspflichten (Art. 8 und 9 Freistellungsbeschluss)

- 7.1. Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, während des gesamten Betrauungszeitraums sowie für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren.
- 7.2. Die Berichterstattungspflicht nach Art. 9 Freistellungsbeschluss wird von der Stadt Sangerhausen wahrgenommen.

¹ „Der zu erstattende Betrag ist vom Eintritt der Unwirksamkeit des Verwaltungsaktes an mit drei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz jährlich zu verzinsen.“

- 7.3. Unbeschadet ihrer unmittelbaren Prüfungsrechte als Alleingesellschafterin der KBS nach § 51a GmbHG ist die Stadt Sangerhausen berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen der KBS jederzeit selbst zu prüfen oder durch einen von ihr beauftragten, qualifizierten Dritten prüfen zu lassen (§§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz¹). Die KBS erstellt auf Anfrage der Stadt Sangerhausen einen Bericht über die Umsetzung der in diesem Betrauungsakt geregelten Rechte, Pflichten und Ausgleichsleistungen.

§ 8 Anpassungsklausel

- 8.1. Änderungen zu diesem Betrauungsakt sind nur durch rechtsverbindliche Beschlüsse möglich, die auf diesen Betrauungsakt ausdrücklich Bezug nehmen.
- 8.2. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Betrauungsaktes unwirksam sein oder aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung der Betrauung für die Stadt Sangerhausen oder die KBS unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen dieses Betrauungsaktes nicht berührt. Das Gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke ist durch die Stadt Sangerhausen eine Bestimmung zu treffen, die dem von dem Betrauungsakt angestrebten Zweck am nächsten kommt.
- 8.3. Die Stadt Sangerhausen wird bei wesentlichen Änderungen der Rechtslage oder des Tätigkeitsumfangs der KBS eine Anpassung des Betrauungsaktes vornehmen, wenn die Erreichung des Zwecks der Betrauung dies erfordert.

§ 9

Grundlagenbeschluss, Umsetzung des Betrauungsaktes

- 9.1. Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen hat in seiner Sitzung vom [REDACTED] mit der Ratsvorlage Nr. ([REDACTED]) den Oberbürgermeister ermächtigt, alle verbunden Schritte zur Umsetzung der Ratsvorlage durchzuführen und damit diesen Betrauungsakt als Gesellschaftsvertreter gegenüber der KBS zu beschließen.
- 9.2. Die Stadt Sangerhausen weist – in ihrer Eigenschaft als Alleingesellschafterin der KBS mit separatem Gesellschafterbeschluss – die Geschäftsführung der KBS an, die Vorgaben dieses Betrauungsaktes in die Praxis umzusetzen.

Sangerhausen, den

Siegel

Sven Strauß
Oberbürgermeister

¹ Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder vom 19.08.1969, BGBl. I S. 1273, zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 14.08.2017, BGBl. I S. 3122.

Anlage 1

zur Betreuung der Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen GmbH vom ... 2023

Weitere Tätigkeiten (Dienstleistungen) der KBS, die nicht von der Betreuung umfasst sind

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin der Erwerb und das Halten kommunal-wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt Sangerhausen, insbesondere die Beteiligung an der Stadtwerke Sangerhausen GmbH.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der genannte Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen erwerben, errichten, pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaftsverträge schließen.